

18. Demografie-Beiratssitzung am 14.10.2021

Ergebnisse der AGs zum Sozialbericht

Fragestellung für alle AGs:

Welche fachliche Bewertung habe ich zu den Zahlen?

Welche konkreten Handlungsempfehlungen habe ich?

Teilprotokoll zur AG 1 zum Thema Demografie

Moderation: Phillip Kallenbach (Demografiereferent); Protokoll: Sarah Schreiber (Servicestelle Statistik)

Teilnehmende: Tobias Schläger (Bildungsgenossenschaft Südniedersachsen/ Partnerschaft für Demokratie (PfD), Holger Deiters (Bildungsregion), Kerstin Wittenberg (WRG), Anja Kreye (Leader Osterode am Harz), Petra Graunke (KSB Göttingen-Ost), Daniela Brill (Kinder- und Jugendbüro Adelebsen), Jörg Arnecke (Kriminalprävention der PI Göttingen), Swantje Eigner-Thiel (HAWK), Frank Uhlenhaut (Leader Osterode am Harz/Harz-Energie), Nicole Prediger (Stadt Hann. Münden).

Erkenntnisse des 2. Sozialberichtes (S. 24 – 30)

- **wir werden älter**
Die meisten Älteren (65+) und Hochbetagten (80+) leben in der Region Südharz, insbesondere in Bad Sachsa (31,5 % anteilig an der Gesamtbevölkerung) und Walkenried (32,2 %).
- **wir werden weniger**
Betrachtet man die Geburten- und die Sterbefälle, verliert der Landkreis Göttingen im natürlichen Bevölkerungssaldo jedes Jahr zwischen 2017 und 2019 mehr als 1.000 Einwohner*innen.
- Bei den **Zu- und Abwanderungen** lässt sich beobachten, dass in den Jahren 2017 – 2019 in allen Städten, Gemeinden und Samtgemeinden bis auf die SG Gieboldehausen mehr Menschen zugewandert als abgewandert sind.
- **Zuwanderung** oft abhängig von Wohnraumangeboten: dort wo gebaut wurde können rein rechnerisch mehr Menschen zuziehen, oft werden dabei junge Familien als Zielgruppe in Ein- und Zweifamilienhaussiedlungen gelockt (Beispiele wurden genannt)

Fachliche Bewertungen - Abwanderung wird vermieden durch:

- Arbeitsplätze: Erwerbsmöglichkeiten vor Ort
- Wohnen: Wohnraum erhalten, schaffen
- Mobilität: Bahnanschluss, Anbindung an das Oberzentrum, Zubringer um die „letzte Meile“ zu überwinden
- Kerne: eine lebendige Innenstadt
- KITA-Plätze: im selben Wohnort
- Zugehörigkeit: sozial und emotional in einem Ort ankommen können; sich binden (als Zugezogene*r); gegenseitige Wertschätzung unterschiedlicher Menschen in einem Ort
- Begegnung. Treffpunkte erhalten bzw. schaffen

- Das Besondere eines Ortes pflegen: jeder Ort hat „eine Perle“
- Stärkung der älteren Menschen nicht aus den Augen verlieren: nicht jede ältere Person hat die Möglichkeit sich eine Wohnung in der Stadt zu leisten und ist damit angewiesen auf den PKW um in die nächstgrößere Stadt zu gelangen. Unfälle sind im höheren Alter oft die Folge dieser Abhängigkeit
- daher Seniorenstärkung, verbunden mit einer Stärkung der Nachbarschaftshilfe, weil die Kinder oft nicht mehr vor Ort leben.

Empfehlungen der Beiratsmitglieder

- Für die Landespolitik: Demografie-Faktor bei den Schlüsselzuweisungen des Landes stärken
- Für die Kommunen: Menschen in den Orten halten, Zuwanderung nicht steuerbar, jedoch Attraktivität ist abhängig von den Faktoren, die auch Abwanderung vermeiden (siehe oben)
- Für Ehrenamtliche: Fahrdienste können Menschen in die nächsten Orte bringen (Versicherungen gibt es!) z.B.: Patientenmobil, Bürgerbus

Teilprotokoll zu AG 2 zum Thema Altersarmut

Moderation: Daniela Jeksties (Sozialplanung); Protokoll: Margitta Kolle (Assistenzkraft)

Teilnehmende: Lilia Nester, Frau Puls, Angela Traube-Bömelburg, Gabriele Bock, Herr Gemmecke, Frau Jacobi, Herr Meinard (GT; vgl. Artikel vom 26.10.2021)

- Die Altersarmut ist vergleichbar mit Bund und Land
- Die Altersarmut ist weiblich
- Quote in einigen Regionen stärker ausgeprägt, in anderen weniger
- möglicherweise hohe Dunkelziffer

Fachliche Bewertung

- *Hattorf* sehr ländlich, Ältere leben in Großfamilien und im Verbund, daher evtl. wenig Beantragung
- Entwicklung der Grundsicherung nach SGB II beachten – wachsen neue Menschen von SGB II in SGB XII, evtl. Menschen die nicht mehr berechtigt sind für SGB II sind (kann erst später gegenüber gestellt werden)
- *Bad Sachsa* früher viel Zimmervermietung- möglicherweise als Selbständiger keine Einzahlung in Rentenkasse, durch Leerstand keine Mieteinnahmen mehr.
- *Hann. Münden/Herzberg* evtl. Wegfall von Industriezweigen; auch da kann es zur Minderung von Arbeitsplätzen und Mindereinzahlung in Rentenkasse gekommen sein
- hohes Maß an TZ und Minijobs schwerpunktmäßig bei *Frauen*
- Anteil erwerbstätiger Frauen nimmt zu, Anteil weiblicher geringfügig Beschäftigter nimmt ab, SV pflichtige Arbeitsplätze steigen.
- viele Frauen arbeiten, Anstrengungen waren gut (Tagespflege, Krippe usw.) aber zu viele Frauen arbeiten in TZ.

- *Generationenfrage*, wer jetzt im Bezug ist, viele Kinder, wenig qualifizierte Jobs, Mütterrente, Perspektivisch müsste sich durch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bessere Qualifizierung die Situation für die Generation der jetzt erwerbstätigen Frauen verbessern
- Daher Auswirkung auf Altersarmut erst *langfristig* zu sehen: aufzeigen, was es bedeutet, wenn man arbeitet
- Effekte der Familienzentren, Kita-Betreuung usw. müssten sich doch auch in Zahlen abbilden

Empfehlungen der Beiratsmitglieder - Ideen/Ansätze, die bewirken, dass keine Altersarmut entstehen kann:

- hohes Einkommen-höhere Rente (ca. 41.000 pro Jahr – 1 Rentenpunkt) TZ entsprechend weniger – Mindestsicherung 1200/1300 € sinnvoll, Anhebung von Bund oder Arbeitgebern um eine Angleichung zu bekommen
- (Langzeit-)Studie oder Masterarbeit an Uni/HAWK über Thema Altersarmut, Situationsanalyse, regionale Unterschiede beleuchten
- Lücke zwischen armen Menschen und denen, die sich helfen lassen bzw. von Grundsicherung im Alter Gebrauch machen.
- Beratung durch Senioren.- und Pflegestützpunkt, mehr Öffentlichkeitsarbeit in Sachen Grundsicherung im Alter, Begleitung bei Antragstellung, Thema einfache Sprache
- Formularlotsen einführen (z.B. im Kinder- und Jugendbereich),
- Familienzentren sollen beratend unterstützen
- Viele trauen sich aber nicht, überhaupt einen Antrag auf SGB-Leistungen zu stellen. Gute Beratung durch Rentenversicherung – möglicherweise einen Hinweis auf dem Rentenbescheid, dass ein Antrag SGB XII gestellt werden kann.
- Ansprechperson in den einzelnen Orten, nicht an weitere Stellen verweisen (z.B. Landkreis) besser vor Ort klären und unterstützen
- schwierig in Familienphase und auch später zu viele TZ und geringfügig Beschäftigte, daher weiterhin Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten in der Familienphase= Bemühungen zeigen sich in der Prognose erst später (langsame und langfristige Entwicklung)
- Ausgleiche zur RV-Beiträgen bei TZ und Geringfügigen Beschäftigten schaffen
- Jede/r Altersarme ist eine/r zu viel

Teilprotokoll AG 3 zum Thema Pflege

Moderation: Regina Meyer (Demografiebeauftragte), Protokoll: Karolina Köhne (Projekt GIVE)

Teilnehmende: Dr. Corinna Morys-Wortmann (GRG), Inke Teuteberg (Landfrauen), Ute Dervedde (Freiwilligenagentur), Jörg Mannigel (Diakonie), Dr. Hartmut Wolter (FAG), Volkmar Keil, Christine Aschenbrenner

Fachliche Bewertung

- 2017: Gesetzesänderung in der Pflegereform (seitdem deutlich mehr unterstützte Angehörigenpflege)

- 6,4 Prozent weniger Ambulante Pflegedienste
- Hattorf: viele Pflegeheimplätze, hohe Zahl an alten Menschen, hohe Zahl an Pflegebedürftigen
- Hohe Bedeutung der pflegenden Angehörigen

Geringerer Anteil Ambulanter Pflege: für Pflegeanbieter wegen langer Wege nicht attraktiv?

- Vermutung: weiter Weg nicht kostendeckend / nicht wirtschaftlich
- Gegenrede: Anbieter versuchen, alle zu pflegen, die gepflegt werden wollen
- Nicht kostendeckende Wege müssen sich ausgleichen
- Ambulante Pflege: von mehreren Wohlfahrtsverbänden abgegeben an Alt und Neu Betlehem (können nur indirekt was dazu sagen)
- Pflegepauschale deckt Wege nicht ab (umsatzgeringe Pflege geht nicht gut bei weiten Wegen)
- Pflegedienste haben unterschiedliche Strategien (hohe Fachkraftquote vs. geringe Quote) manche müssen dann sagen, sie können Patient*innen nicht übernehmen, weil sie kein Personal haben
- Gesamtzahl der Pflegebedürftigen nimmt zu: können Pflegedienste nicht mithalten?
- These: In der Corona-Pandemie steigt die Zahl derer, die zuhause gepflegt werden (aber: war erst in 2000 ein Thema, Bericht nur 2017-19)
- Tagespflegeanteile (und auch Nachtpflege) sind gewachsen: machen Pflege zuhause vermutlich attraktiver

Leerstelle im Bericht: Meist informeller 24 Std.-Pflegedienst:

- Wie kann man dazu an Daten kommen?
- Wie erreicht man 24std Pflege aus Osteuropa? Wie macht man das korrekt?
- Wohlfahrtsverbände haben das bisher nicht in ihre Obhut genommen. Wie geht man da Qualitätssichernd heran?
- Es gibt ein Projekt bei der Caritas, um 24std Pflegen sozialversichert bzw. rechtlich besser aufzustellen
- (Beispielhaft schnell recherchiert:) <https://pflegeagentur24.de/hausliche-pflege-auch-caritas-und-diakonie-setzen-inzwischen-auf-polnische-pflegekraefte.html>
- Gibt es für 24std Kräfte ein Supervisionsangebot? Sollte es auf jeden Fall geben
- Thema sollte im nächsten Bericht behandelt werden

Personalmangel in der Pflege:

- Personalbeschaffung in Ambulanten Bereichen: die meisten Mitarbeiter*innen werden durch Erstausbildung und Umschulung gewonnen. Es gibt keine generelle, erfolgreiche Strategie von Auslandsanwerbungen
- UMG + Weender KH haben aus Italien und den Philippinen Fachkräfte angeworben
- Umfrage der ARGE, wer Angestellte aus dem Ausland holen will: Nur ein Arbeitgeber hat es gemacht. Es kostet den Arbeitgeber 10.000 Euro pro Kraft (Kosten für die Weiterbildung)
- Pflegesysteme sind noch nicht richtig aufgestellt. Global gesehen ist es keine gute Idee Fachkräfte aus anderen Ländern zu holen, die dort fehlen könnten, ARGE rekrutiert nur aus „Überschussländern“)

Empfehlungen der Beiratsmitglieder

- Überforderung von **pflegenden Angehörigen**
 - > Geschlechteranteil ändert sich: 1/3 der pflegenden Angehörigen sind Männer
 - > mehr ältere Menschen bzw. Rentner*innen pflegen ihre Angehörige
 - **Entlastenden Dienste für pflegende Angehörige**
 - > **Selbsthilfegruppe Pflegende Angehörige**, gleichzeitiges Angebot für Pflege in der Zeit ist dann notwendig > wie könnten Selbsthilfegruppen im Ländlichen Raum aussehen? was stärkt, was unterstützt?
- **Informationslücke:** Viele Menschen wissen nicht, was man beantragen kann > gezielter informieren
- **Fachkräftemangel:** Anwerben von Pflegekräfte zwiespältig
- **Pflegende Kinder und Jugendliche:** erhebliche Zahlen, z.B. Eltern mit psychischen Beeinträchtigungen > wichtig auch dort hinzugucken
- Plädoyer: **Alter nicht reduzieren auf Pflege und Armut:** auch Bildungschancen sehen, zum Beispiel durch Weiterbildungen zur Pflege (werden von Krankenkassen angeboten)
- Gemeinde-"Schwester", Hausbesuche des Senioren- und Pflegestützpunktes
- Mobile Wohnberatung

Teilprotokoll zu AG 3 zum Thema **WOHNEN**

Moderation: Eva-Maria Martin (Inklusionskoordinatorin); Protokoll: Catrin Dake (Hauptgeschäftsbuchhaltung Ref. 06)

Teilnehmende:

Juliane Hofmann (Fachwerk5Eck), Jens Ludwig (Kreiswohnbau OHA/Gö), Hans-Jürgen Voss (FAG), Melissa Niewind (HAWK), Ulrike Gerischer (Die Grünen, AG Wohnen), Trixi Schirmer (Privat)

Erkenntnisse aus dem Sozialbericht:

- Geringfügiger Anstieg des Wohnungsbestands (2017 -> 2018 = 0,3%; 2018 -> 2019 = 0,4 %)
- Wohnungsneubauquote (Neubauten je 1.000 Einwohner) in Rosdorf, SG Radolfshausen, Bovenden, Duderstadt und Staufenberg am höchsten
- Wohnfläche je Einwohner: Walkenried 61 qm / Person; Hann.Münden & Rosdorf 48 qm / Person, Stadt Göttingen 42 qm / Person
- Unter 10 % des Wohnungsbestandes sind 1-2-Raum-Whg. Mehr als 50 % sind 5-7-Raum-Whg
- Verhältnis Sozialwohnungen am Wohnungsbestand liegt bei 0,7 % (Stadt Gö: 3,9 %)
- Stark rückläufige Anzahl von Sozialwohnungen (Rückgang um 28,2 % von 2019 zu 2017) durch Baulandverteuerung, Baukostensteigerung, günstige Zinsen verleiten dazu auf öffentliche Fördermittel und bürokratische Verpflichtung zu verzichten.
- 9 gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften halten nicht (mehr) alle Sozialwohnungen vor
- I.d.R. sind diese Sozialwohnungen nicht barrierefrei oder barrierearm.
- Lediglich die Kreiswohnbau Osterode / Göttingen GmbH achtet vermehrt bei Neubauten darauf.
- Ausgabe von Wohnberechtigungsscheinen in Hann.Münden, Osterode und Bovenden am höchsten.

Fachliche Bewertung

Zu wenig Sozialwohnungen, warum?

- Förderung der 50/60er, 90er Jahre ist ausgelaufen.
- Einkommensgrenzen wurden seit Jahren nicht angehoben: Wohnraumförderung §3 untere Einkommensgrenzen (Inklusion, Grundsicherung im Alter, Altersarmut) -> kein Markt mehr aufgrund der Einkommensgrenze (2012/2013 10 Jahre alt, von NBank festgesetzt). Geringe Einkommen können sich diese Wohnungen nicht leisten.
- Leistung „Kosten der Unterkunft“ deckt die Kosten nicht ab.
- Zudem sind die Kostenhöchstsätze je qm der NBank für §3 aufgrund von Kostensteigerungen und erhöhten Anforderungen (z.B. Klima) nicht mehr einzuhalten. Hier bedarf es einer Förderung, um die Kosten der Bauträger zu senken und auch eine Anpassung der Wertgrenzen (Miete je qm), um überhaupt einen geförderten Wohnungsbau mit niedrigen Mietpreisen zu ermöglichen und wirtschaftlich darstellen zu können. Deshalb engagiert sich die Kreiswohnbau Osterode/Göttingen GmbH nur noch für bezahlbaren Wohnraum für die mittleren Einkommensgrenzen.
- Angedachte Zielgruppen kommen durch Entwicklungen (Einkommen, Preissteigerungen) nicht in den Genuss der Förderung eine barrierefreie Wohnung zu beziehen.
- Die Baukosten und Anforderungen zur Mietpreisbildung einerseits passen nicht mit den Einkommensgrenzen und Bedarfen der Zielgruppen überein.
- Probleme bei mittleren Einkommen durch Vermögensberücksichtigung (Situation: Witwe benötigt barrierefreien Wohnraum, muss Eigenheim verkaufen, fällt aus der Einkommensgrenze, kann damit den geförderten Wohnraum nicht beziehen)

Empfehlungen der Beiratsmitglieder

- Nds. Wohnraumförderungsgesetz: Die Einkommensgrenzen müssen angehoben werden – Wohnraumfördernovelle in Arbeit?
- Die Kosten der Unterkunft müssen für barrierefreies Wohnen angepasst werden
- Wohnraumversorgungskonzept sieht keinen Bedarf für barrierefreies Wohnen von öffentlich geförderte Neubauten vor. Hier bedarf es eine Nachjustierung.
- Zusatzförderung für Klimaschutzmaßnahmen
- Belegungsbindung längere Zeit belassen
- Gemischte Wohnquartiere fördern

- Vorschlag: Problematik im KT schildern und politischen Beschluss fassen, Druck auf NBank ausüben.